

Gegen Lohndumping

Antrag im Bundestag: SPD fordert faire Leiharbeit

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – so lautet eine der Kernforderungen des Antrags, den die SPD Ende März im Bundestag eingebracht hat. Ziel der Initiative ist es, den Missbrauch von Leiharbeit einzudämmen.

NÜRTINGEN (ale). Leiharbeit kann Unternehmen helfen, kurzfristig mit Auftragspitzen fertig zu werden. Und sie kann ein Sprungbrett auf den Arbeitsmarkt sein. So weit die Theorie. In den letzten Jahren stellten Arbeitgeber aber immer häufiger auch bei regulärer Auftragslage Leiharbeiter ein. Die Folge: Leiharbeit verdrängt reguläre Beschäftigung. Festangestellte und Leiharbeiter erledigen die gleiche Arbeit im Betrieb – aber zu unterschiedlichen Löhnen. Dagegen wendet sich auch der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD): „Wir brauchen hohe Beschäftigungszahlen und Flexibilität. Sie dürfen aber nicht durch Ausbeutung am Arbeitsplatz erkaufte werden“, so Arnold.

Deshalb fordert seine Fraktion im Bundestag faire Regeln bei der Leiharbeit. Danach soll der Grundsatz „Gleiche Arbeit für gleiches Geld“ ohne Ausnahme gelten. Zwar gibt es schon heute das Prinzip der Gleichbehandlung. Allerdings können Arbeitgeber davon abweichen, wenn andere Tarifverträ-

ge in der Leiharbeitsbranche niedrige Löhne vorsehen. Und das tun sie oft. Weiter soll nach dem Willen der SPD die konzerninterne Verleihung durch eigene Zeitarbeitsfirmen begrenzt werden. Bekanntestes Beispiel für diese Praxis ist die Drogeriemarktkette Schlecker. Sie kündigte Mitarbeiterinnen im großen Stil, um sie über eine Zeitarbeitsfirma wieder einzustellen – zu bedeutend schlechteren Konditionen.

Weitere Forderungen sind mehr Mitbestimmungs- und Kontrollrechte von Betriebsräten und Mindestlöhne für die Zeitarbeitsbranche. „In der Großen Koalition sind unsere Initiativen für den allgemein verbindlichen Mindestlohn bei der Zeitarbeit immer an der Union gescheitert“, so Arnold. Die Vorschläge von Bundesarbeitsministerin von der Leyen, befristete Beschäftigung auszuweiten, gehen für den SPD-Mann wieder zu Lasten der Arbeitnehmer: „Damit hebt sie den Kündigungsschutz aus und bringt noch mehr Menschen in unsichere Arbeitsverhältnisse“, so Arnold.

Die Menschen wollten und sollten ihr Leben planen, und die Firmen sollten interessiert sein, qualifizierte Kräfte zu halten. Der SPD-Antrag wird jetzt in den Ausschüssen des Bundestages beraten. Nach Angaben des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg der Anteil der befristeten Einstellungen von 32 Prozent im Jahr 2001 auf 47 Prozent im ersten Halbjahr 2009.